

# **(Deutlich) Früher in Pension gehen - quasi unmöglich?**

**Beitrag von „Zauberwald“ vom 31. Juli 2024 10:18**

## Zitat von Seph

Ich weiß nicht, was in dem Kontext "früher" bedeutet, aber für Familien kann es heute finanziell schon sehr eng werden, längere Zeit nur mit einem Gehalt auskommen zu müssen. Ob die damit verbundenen Sorgen zur Gesunderhaltung beitragen, kann zumindest in Frage gezogen werden.

"Früher" war es finanziell genauso eng, das kannst du mir glauben. Heute gibt es wenigstens für 12 oder 14 Monate das Elterngeld, was sehr zu begrüßen ist. Bei uns gab es das ja leider nicht. Aber mein Mann war noch Student und so bekamen wir Wohngeld und tatsächlich 600 DM Erziehungsgeld, das bekam man, je nach finanzieller Situation. 600 DM war der Höchstsatz. Zum Glück ist das heutzutage anders.

Leider beobachte ich, dass man/frau sich fast nicht traut, mal noch 1 Jahr länger zu Hause zu bleiben, auch weil es von einem erwartet wird, möglichst schnell wieder einsatzbereit zu sein.

Es ärgert mich, dass meine Generation an allem Schuld sein soll. Angefangen vom Klimawandel, Wiedereinführung der Wehrpflicht, Arbeiten bis 70.

## Zitat von tibo

Mir fällt auf: Einige der Babyboomer-Generation werfen den jüngeren Generationen gerne mangelnde Arbeitsbereitschaft wegen Forderungen wie einer Vier-Tage-Woche vor. Gleichzeitig will die ältere Generation aber möglichst früh in Rente / Pension und damit raus aus der Arbeit. Ein Generationenkonflikt, der angesichts der Demografie fast nur zu Ungunsten der jungen Generation ausgehen kann. Die junge Generation wird in unserer Gesellschaft als Minderheit benachteiligt:

"In diesem Jahr feiern doppelt so viele Menschen ihren 60. Geburtstag, wie geboren werden. In Zukunft wird es daher wesentlich mehr Großeltern geben als Enkelkinder. Und diese Großelterngeneration lebt länger und ist fitter als jemals zuvor. Das kann für ein intergenerationales familiäres Miteinander Chancen bieten, ist aber nicht nur für die Rentenfinanzierung ein Problem. Es ist auch eine Herausforderung für die Demokratie. Wenn Rentnerinnen und Rentner in einigen Jahren die stärkste Wählergruppe sein werden, entscheiden diejenigen die Wahlen, die nicht mehr im Berufsleben stehen. Eine Verschiebung der demografischen Kräfte, die es dringend nötig macht, ganz

anders über Generationengerechtigkeit nachzudenken.

[...] Sich darauf zu verlassen, dass die große Mehrheit in der alternden Gesellschaft die Interessen von Kindern mitdenkt, ist hochriskant. Erinnert sei etwa daran, wie „gut“ Männer die Interessen von Frauen in der Vergangenheit mitgedacht haben: Obwohl nahezu alle Männer mit Müttern, Partnerinnen, Töchtern oder Schwestern in ihrem Leben Frauen hatten, die ihnen wichtig waren, hat sich das Patriarchat recht lange gehalten. Automatisch angemessen mitgedacht zu werden, das klappt nachweislich nicht.

[...]Bei all den Herausforderungen, die junge Menschen erwarten, wird ihnen politisch meist wenig mehr zugestanden, als die Auswirkungen der Geschehnisse und politischen Entscheidungen zu beobachten. Signale, dass man dieser jungen Generation vertraut und sie als Mitgestalter einer tragbaren Zukunft sieht, gibt es kaum. Und strukturell verankerte, wirksame politische Beteiligungsmöglichkeiten fehlen. Stattdessen wird ihre Arbeitsmoral problematisiert oder die Wiederbelebung der Wehrpflicht diskutiert. In der Pandemie wurden Kinder und Jugendliche immer wieder vergessen oder unnötig belastet. Dafür hat man sich bei ihnen zwar abstrakt entschuldigt, aber konkrete Maßnahmen zu ihren Gunsten lassen auf sich warten."

<https://www.sueddeutsche.de/kultur/kinder-...he?reduced=true>

Das Thema Wehrpflicht hatten wir ja im anderen Thread; passend, dass es hier auch aufgeführt wird. Dazu kommt der Fachkräftemangel, der die jungen Arbeitnehmer\*innen eigentlich in eine gute Verhandlungsposition bringt, was dem personifizierten radikalisierten Konvervativismus und Babyboomer-Kapitalisten Friedrich Merz aber natürlich gar nicht passt. So werden von dieser Seite schon schwere Geschütze wie die Forderung nach einer Sechs-Tage-Woche und die Aufweichung der Arbeitszeitbegrenzungen aufgefahren, um die Verhandlungsposition zu verschieben. Immer natürlich zuerst auf Kosten der Schwächsten, also erstmal Forderungen nach Sanktionen für Arbeitslosengeldbeziehende oder Bezahlkarten für Flüchtlinge. Denn sonst kann man "Wohlstand und Alterseinkommen" nicht halten - die Frage ist eben nur, wessen Wohlstand und wessen Alterseinkommen.

Alles anzeigen